

DIE LINKE

Fraktion im Dresdner Stadtrat



Oktober 2017

„Handeln tut not“

Wir dokumentieren die Rede von unserem Fraktionsvorsitzenden André Schollbach zum Lokalen Handlungsprogramm für ein vielfältiges und weltoffenes Dresden aus der Stadtratssitzung am 07. September

Herr Oberbürgermeister,
meine Damen und Herren,

„Die Sachsen sind immun gegen
Rechtsextremismus.“

Diese fatale Fehleinschätzung stammt von keinem geringen als dem früheren Ministerpräsidenten Kurt Biedenkopf. Sie steht exemplarisch für das weitreichende Versagen von Politik, Behörden und Teilen der Gesellschaft beim Umgang mit der extremen Rechten.

Eine jahrelange Kultur der Gleichgültigkeit, des Wegschauens und Verharmlosens hat den rechten Rand im Freistaat Sachsen erst stark gemacht.

Was sich früher in klammheimlicher Zustimmung einiger weniger erschöpfte, drängt heute selbstbewusst und ohne jede Scham in die Öffentlichkeit.

Dresden ist leider der Ausgangspunkt einer nicht nur unrühmlichen, sondern vor allem auch gefährlichen gesellschaftlichen Entwicklung.

Zuerst werden die Menschen von PEGIDA, AfD und NPD auf den Straßen und Plätzen unserer Stadt mit Worten aufgehetzt. Dann folgen die Taten: Schwere Brandstiftung. Versuchter Mord. Gefährliche Körperverletzung. Bildung krimineller und terroristischer Vereinigungen. Um nur die schwersten Delikte zu nennen. Stellvertretend für diese Taten stehen Städte, die sich alle im Umkreis von Dresden finden: Freital. Heidenau. Meißen. Bautzen.

Dass sich Dresden im Zentrum dieser brisanten Situation befindet, ist kein Zufall, sondern das Ergebnis einer längeren Entwicklung, die - nicht nur aber auch - durch zum Teil gravierende politische Fehlentscheidungen und Unterlassungen begünstigt wurde.

So fand in Dresden im Februar 2000 erstmals ein sogenannter „Trauermarsch“ eines zunächst kleinen und unbedeutenden Häufleins Ewiggestriger statt.

Ein Häuflein, dass sich innerhalb weniger Jahre zum größten Naziaufmarsch Europas auswachsen konnte. Im Jahr 2010 reihte sich übrigens auch



Foto: Max Kretzschmar

LINKE-Fraktionsvorsitzender André Schollbach wendet sich direkt an die CDU-Fraktion und erinnert sie an ihre Verantwortung für Dresden

der heutige Fraktionsvorsitzende der AfD in Thüringen, Björn Höcke, ein.

Auch Beate Zschäpe ist durch Dresden marschiert und erhielt hier Impulse und Zuspruch für ihre Nazi-Ideologie. Später verübte die Terrorgruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ 10 Morde und 15 Raubüberfälle.

In Sachsen werden an jedem einzelnen Tag mehr als fünf rechtsextremistisch motivierte Straftaten begangen.

Doch statt den Umtrieben alter und neuer Nazis entschlossen entgegenzutreten, wurden antifaschistischer Protest und zivilgesellschaftliches Engagement jahrelang immer wieder behindert und diskreditiert. Auch in Dresden.

So fand im Februar 2009 - getragen von einem breiten zivilgesellschaftlichen Bündnis - unter dem Motto „Geh Denken“ eine große Kundgebung auf dem Theaterplatz statt. Franz Müntefering,

Wolfgang Thierse, Gregor Gysi, Katja Kipping, Claudia Roth und der damalige Bundesvorsitzende des DGB, Michael Sommer, nahmen daran teil.

Es war eine gelungene, friedliche und bunte Kundgebung mit tausenden Menschen. Ein starkes, ein ermutigendes Signal gegen Rechts. Und was machte die CDU? Sie blieb nicht nur fern, sondern diffamierte das Ganze als Veranstaltung „linker Chaoten“.

Am 13. Februar 2011 sollte dann der „Mahngang Täterspuren“ durchgeführt werden, um an verschiedenen Orten für die NS-Geschichte Dresdens zu sensibilisieren. Die Versammlungsbehörde dieses Rathauses brachte es fertig, den „Mahngang“ derart mit Auflagen zu überziehen, dass er praktisch nicht mehr durchgeführt werden konnte.

Es gab da keinerlei Unrechtseinsicht. Das Verwaltungsgericht Dresden hat dann mit Urteil vom 18. Sep-

tember 2013 die Rechtswidrigkeit festgestellt. Soviel zum rechtstreuen Wirken der Versammlungsbehörde.

Es gäbe noch eine ganze Menge mehr zu sagen, zur gegenwärtigen gesellschaftlichen Situation und zu den Ursachen des Erstarkens der extremen Rechten. Doch Handeln tut not. Und deshalb werden wir heute das „Lokale Handlungsprogramm für ein vielfältiges und weltoffenes Dresden“ beschließen.

Dass die CDU dieses Programm nicht mittragen will, spricht für sich und fügt sich nahtlos in deren gesamtes Verhalten während der vergangenen Jahre ein.

Sie sind hier die größte Fraktion und Sie werden der damit verbundenen Verantwortung nicht im Ansatz gerecht.

Aus der Stadtratssitzung am 07. September 2017

Mit einem Newsletter informiert DIE LINKE. Fraktion gleich im Anschluss an die aktuelle Ratsitzung alle Interessenten per Mail über die wichtigsten Entscheidungen des Stadtrates:

www.linke-fraktion-dresden.de/presse/newsletter

Neuigkeiten aus dem Dresdner Stadtrat

September 2017

DRUCKSACHE

#8

DIE LINKE.
Fraktion im Dresdner Stadtrat

DIE LINKE. Fraktion im Dresdner Stadtrat · Rathaus · Dr.-Külz-Ring 19 · Zimmer 1/205 · 01067 Dresden · 0351/488-2822 · linke-fraktion@dresden.de · www.linke-fraktion-dresden.de

Demokratie wagen

Ein Tiefpunkt in der heutigen Sitzung war die Diskussion um die Fortschreibung des Lokalen Handlungsprogramms für ein vielfältiges und weltoffenes Dresden. Wurde die erste Auflage des Programms 2010 noch im breiten Konsens getroffen, fanden CDU und FDP heute vielerlei Gründe, das Programm abzulehnen. Vom Verschweigen des gefährlichen Linksextremismus war die Rede, von Umerziehung, vom Kampf gegen die Bevölkerung. Die RednerInnen von CDU, FDP und AfD bestätigten damit die Dringlichkeit des Programms.

Unser Fraktionsvorsitzender **André Schollbach** in seiner Rede: *"Die Sachsen sind immun gegen Rechtsextremismus." Diese fatale Fehleinschätzung stammt von keinem geringeren als dem früheren Ministerpräsidenten Kurt Biedenkopf. Sie steht exemplarisch für das weitreichende Versagen von Politik, Behörden und Teilen der Gesellschaft beim Umgang mit der extremen Rechten. Eine jahrelange Kultur der Gleichgültigkeit, des Wegschauens und Verharmlosens hat den rechten Rand im Freistaat Sachsen erst stark gemacht. Handeln tut Not. Dass die CDU dieses Programm nicht mittragen will, spricht für sich und fügt sich nahtlos in deren gesamtes Verhalten während der vergangenen Jahre ein.*

Nägel mit Köpfen: Sozialer Wohnungsbau

Der Stadtrat hat heute die Richtlinie zur sozialen Mietwohnungsbauförderung verabschiedet, also die Regelung, wie ein vom Bund zur Verfügung gestellter Finanztopf für Sozialwohnungen genutzt werden soll. Diese Vorlage wurde vor neun Monaten in die Beratung gegeben. Die Zeit drängt. Dass die Richtlinie heute auf der Tagesordnung stand, war einem Eilantrag der LINKEN zu

verdanken. Die rechte Seite des Stadtrates verweigerte sich der Behandlung. Denn: Wenn schon eine Mietwohnungsbauförderung, dann solle die auf private Investoren zugeschnitten sein. Rot-Grün-Rot beschloss die Richtlinie – als Programm, das auf die Bedürfnisse der Mieterinnen und Mieter zugeschnitten ist. Damit kann das Geld zum Bau bezahlbaren Wohnraums fließen.

Nach Diesel-Gate: 250 Fernbusse in der Stadt?

Ein Antrag von SPD und GRÜNEN, einen Fernbusbahnhof nebst Fahrradparkhaus am Hauptbahnhof zu bauen, wurde heute debattiert. Dazu Piraten-Stadtrat, Mitglied der LINKEN-Fraktion, **Dr. Martin Schulte-Wissermann**: *"Alle reden gerade von Dieselgate und Luftreinhaltung. Auch Dresden drohen jetzt sogar Klagen wegen der schlechten Luft. In einer solchen Situation mehr Busverkehr, das heißt mehr Abgase*

und Lärm in die Innenstadt zu ziehen ist, gelinde gesagt, kontraproduktiv. Den Antragspunkten zum Bau eines Fahrradparkhauses und die Maßnahmen zur besseren Vernetzung von Radverkehr und ÖPNV stimmen wir natürlich zu – einen Busbahnhof in der Innenstadt lehnen wir aber ab." Die Standortpräferenz für den Hauptbahnhof wurde gegen die Stimmen der LINKEN und der FDP beschlossen.

Diskussion zum Fernbusbahnhof

Mitten im Diesel-Gate

von Pia Barkow

Nachdem wir die Frage zum neuen Standort eines Busbahnhofs mehrfach in der Fraktion diskutierten, haben wir uns in der vergangenen Stadtratssitzung gegen Einrichtung eines Busbahnhofs am Hauptbahnhof ausgesprochen.

Der jetzige Fernbushalt an der Bayerischen Straße am Hauptbahnhof kann dort nicht mehr lange bestehen, das steht außer Frage. Eine richtige Station mit Warthäuschen, Toiletten und Ticketschalter gibt es nicht. Leute warten auf ihrem Koffer sitzend; wenn Busse ankommen, bilden sich große Menschengruppen vor dem Einstieg, die den Bürgersteig blockieren und Autos fahren oftmals nur knapp an der Gepäckausgabe vorbei. Es halten mittlerweile zu viele Busse dort, um diese provisorische Lösung weiterhin zu behalten. Dass also ein richtiger Fernbushalt irgendwo entstehen muss, ist richtig. Aber, da der neue Halt für Jahrzehnte bestehen soll, muss die Entscheidung wohl überlegt sein.

Leitend waren dabei die Fragen, wie die Situation für die Busreisenden verbessert werden kann, welche bereits vorhandene Infrastruktur sinnvoll zu nutzen ist, sowie die Anforderung, all jene, die nicht mit dem Bus fahren, zu be-



Grafik: Max Kretschmar

rücksichtigen und unnötige Busfahrten in das Stadtzentrum zu vermeiden.

Da die Fernbusreisenden laut Umfragen überwiegend mit Bus und Bahn zur Station fahren, wünschen sie sich eine gute Anbindung. Darin ist der Hauptbahnhof als Standort natürlich unschlagbar. Jedoch geben die Fernbusfahrgäste in Umfragen an, dass sie unter „guter Anbindung“ eine Erreichbarkeit innerhalb von 30 Minuten mit dem ÖPNV meinen – eine Fernbusstation deutlich näher an der Autobahn, wäre also an vielen Stellen möglich, ohne dass die Fahrgäste

die Erreichbarkeit als zu schlecht einschätzen würden – z.B. am Flughafen.

In Gesprächen mit Busunternehmen wurde uns als Zielgröße mitgeteilt, der neue Fernbusbahnhof solle eine Steigerung der Fernbusabfahrten auf täglich 280 Fahrten bringen. Wenn täglich 280 Busse in das Stadtzentrum rein – und anschließen auch wieder rausfahren, bedeutet das für die Zufahrtstraßen, alle 1,5 Minuten passiert ein Fernbus. Diese Größe ist nicht nur für die Bewohnerinnen und Bewohner der Strecke sehr unangenehm, es

wird auch zu vermehrtem Stau und Lärmbelastungen auf den Strecken kommen. Sinnvoller wäre es demnach, die Bushaltestelle näher an die Autobahn zu verlegen, um die Busfahrten durch das Stadtgebiet zu verringern.

Der Wunsch einen großen Mobilitätsknotenpunkt zu errichten, wo die Fahrgäste vom Fernbus in die Bahn umsteigen ist verständlich, aber realitätsfern.

Sämtliche wissenschaftlichen Studien ergeben, dass die Menschen entweder mit dem Fernbus reisen oder mit der Deutschen Bahn. Umstiege von dem einen auf das andere Verkehrsmittel finden faktisch nicht statt.

Daher ist die Nähe beider Stationen auch nicht erforderlich.

Nicht zuletzt befinden wir uns gerade mitten in der Diesel-Debatte, deren Ausgang noch völlig offen ist. Ob wir künftig strengere Regeln zu Abgasgrenzen oder Luftreinhalteverordnungen erwarten können, Fahrverbote auch in Dresden eine Rolle spielen könnten ist derzeit noch völlig unklar. In der jetzigen Situation eine Entscheidung zu treffen, die bewirkt, dass täglich 280 Dieselsebusse mitten in das Stadtzentrum fahren ist schlichtweg töricht. Es wäre zumindest notwendig gewesen, abzuwarten bis die Frage: Wie geht's weiter mit Dieselausgasen in Städten? geklärt ist. Daher haben wir uns als Fraktion dagegen ausgesprochen, den neuen Fernbusbahnhof am Hauptbahnhof zu errichten.

Der neue Schulnetzplan von Bildungsbürgermeister Vorjohann wird kritisiert

(K)ein Gym für Gorbitz?

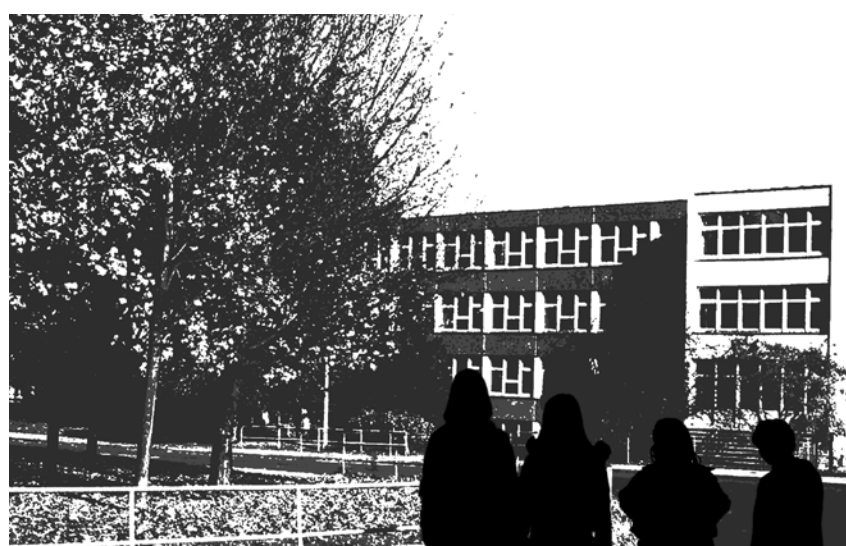
von Anja Apel

Lange haben wir darauf gewartet und wurden fast ein halbes Jahr vertröstet. Im Vergleich zu dem Referentenentwurf, welcher zu großen Teilen von uns mitgetragen wurde, liegt jetzt ein Schulnetzplan vor, den wir in vielen Teilen sehr kritisch sehen.

Wenn ich WIR sage, meine ich nicht nur die Fraktion DIE LINKE, sondern die BildungspolitikerInnen der Kooperation von Rot-Grün-Rot, die auf diesem Gebiet sehr gut zusammenarbeiten. Wir sind weder VerwalterInnen noch SchulplatzzählerInnen, sondern verstehen uns tatsächlich als Bildungspolitikerinnen. Deshalb sind wir nicht bereit, die Bildungsberichte zu ignorieren, welche ganz klar Prohlis und Gorbitz als abgehängte Ortsteile sehen. Deswegen kämpfen wir, hoffentlich mit Unterstützung der Ortsbeiräte, um ein Gymnasium oder wenigstens ein Berufsgymnasium in Gorbitz und Prohlis. Weder das Eine, noch das Andere sieht der Schulnetzplan vor.

Auch die Grundschulplanung sehen wir kritisch. Ja, auch wir sind der Meinung, dass wir mehr Grundschulplätze brau-

chen, allerdings nicht durch fünfzügige Grundschulen. Wir können auch nicht einer Verlagerung verschiedener Förderschulen zustimmen, um die Plätze an deren benachbarten Grundschulen zu erweitern. So wollen wir die Robinsonschule in der Nachbarschaft der 14. Grundschule belassen und dafür die Grundschule Cämmerswalder Straße (OA Plauen) wiedereröffnen. Auch die ursprünglich geplante 146. Grundschule an der Leisniger Straße halten wir weiter für notwendig, der neue Entwurf sieht dies nicht so. Die Grundschulplätze in Weixdorf und in Schönfeld-Weißig werden in den nächsten Jahren nicht ausreichend sein. Auch dafür müssen Lösungen gefunden werden. Einige Schulen sollen neu errichtet werden, so zum Beispiel auf der Cockerwiese, der Bodenbacher Straße und auf dem Gelände der Operette. Dafür werden aber alte Standorte, wie die Boxberger Straße oder die Ginsterstraße ganz aus der Planung rausgenommen. Das ist nicht nachvollziehbar, denn für die Boxberger Straße wurden die finanziellen Mittel für die Sanierung schon durch Rot-Grün-Rot bereitgestellt. Mit den Oberschulstandorten, den drei Neugründungen an der Ecke Stauffenbergallee, Königsbrücker Straße, der Freiburger Straße (alter Kohlenbahnhof) und auf dem Schilfweg



Hinweise an anja.apel@dielinke-dresden.de

Grafik: Max Kretschmar

(ehemalige Volkshochschule), sind wir einverstanden. Wichtig ist auch, dass die Universitätsschule, eine Grundschule und Oberschule, eine Entwicklungsperspektive bekommt, wünschenswert am Standort Pfotenhauer Straße. Der Schulnetzplan wird weiter in allen Ortschaften und Ortsbeiräten diskutiert und wir sind gespannt, was für Hinweise wir noch bekommen. Oft wissen die Beiräte besser, welche Wohngebiete gebaut wer-

den, wo ein Generationswechsel stattfindet oder eben mehr Familien hinziehen. Vieles wird in den Prognosezahlen nicht berücksichtigt. Das Land fordert die Planung bis zum 31.12.2018 vorzulegen, lasst euch also auch in den Sitzungen in den Ortschaften und Ortsamtsbereichen nicht hetzen, verlangt genaue Zahlen, ladet die SchulleiterInnen ein oder auch Elternvertreter. Lasst uns gemeinsam an einem besseren Schulnetzplan arbeiten.

STADTTEIL JOHANNSTADT

Quartiersbeirat beschließt sechs neue Verfügungsfondsprojekte

Der Quartiersbeirat beschloss die Förderung der folgenden nichtinvestiven Projekte aus dem Verfügungsfonds Nördliche Johannstadt: Kulturdolmetscher/innen an Hort und Kita, Fest des Friedens 2017 im Johannstädter Kulturreff, Interkultureller Wanderausflug des Netzwerks Willkommen in Johannstadt, Ländernachmittage vom Café Halva, Hausfest Gerokstraße 27. Als investives Förderprojekt wurde zudem die Anschaffung von Instrumenten und Tontechnik für einen kreativen Musikunterricht an der 102. Grundschule „Johanna“ beschlossen.

Stadtteilverein Johannstadt e.V. im August gegründet

Zu den 20 Gründungsmitgliedern zählen vier Institutionen aus den Bereichen Kultur, Bildung, Soziales und Kreativwirtschaft sowie 16 BewohnerInnen des Stadtteils. Die Eintragung im Vereinsregister erfolgte und der Projektantrag „Nachhaltige Johannstadt 2025“ wurde beim Bundesumweltministerium eingereicht.

Die Dresdner Büchermesse am neuen Ort

Dresden (er)lesen

von Cornelia Eichner

Kulturbürgermeisterin Annekatrin Klepsch eröffnete Mitte September erstmals die Literaturnesse „Dresden (er)lesen“ im Schloss Albrechtsberg. Sie bestätigte damit die Bedeutung der Literatur in der Dresdner Kulturlandschaft und verwies in ihrer Rede auf Projekte rund ums Lesen und Schreiben sowie die Städtischen Bibliotheken, das Literaturfestival, den Buchsommer oder die Kästner-Rallye.

Nach fünf Jahren „schriftgut“ im Messegelände war es die genau richtige Entscheidung, nun auf Schloss Albrechtsberg, welches zur Messe GmbH gehört, die evaluierte Literaturnesse „Dresden (er)lesen“ durchzuführen. Gekoppelt wurde diese Veranstaltung sinnvollerweise mit dem Tag des offenen Denkmals. Organisiert wurde „Dresden (er)lesen“ durch Verlegerin Katharina Salomo von Salomo-Publishing. 35 Ausstellende präsentierten Angebote aus den Sparten Lyrik, Kurzgeschichte, Kin-



Foto: wikipedia

derbuch, Krimi, Biografie, Roman, sie zeigten Bildbände, Wanderführer oder Fachliteratur und führen Lesungen und Diskussionen durch. Es war ein Event der Begegnung, der Vernetzung, der Kooperation auf dem Gebiet der Literatur. Die Messe Dresden selbst ist mehr als ein Ort von Produktpräsentationen, sie ist auch ein Ort der Kultur ein Wirtschaftsfaktor. Ihre Logistik macht es möglich, große Events in Dresden zu organisieren und damit den Blick der Öffentlichkeit auf unsere Stadt zu lenken - und auch zu prägen. Wenn Geschäftsführer Ulrich Finger die Veranstaltung der Literaturnesse unterstützt, macht er genau

dies - und zwar mit sehr viel Engagement und Feingefühl: Dresden als Stadt der Literatur, der Kultur zu präsentieren.

Dresden hadert zur Zeit mächtig mit seinem Ruf als Kulturstadt. Die starken Bestrebungen des größten Teils der Stadtgesellschaft, in Politik, Kultur und Wirtschaft werden immer wieder konterkariert durch Aktionen der Kulturlosigkeit. Konfuzius sagte einst: „Es ist besser, ein Licht zu entzünden, als auf die Dunkelheit zu schimpfen.“ Wir brauchen diese Lichter, dringend und vielfach. Daher: Danke, Katharina Salomo; Danke, Ulrich Finger; Danke allen Beteiligten!

Drei Tage in Marseille

Wagen und mutig sein

von Anja Apel

2013 waren die Städte Marseille (für Frankreich) und Košice (Slowenien) die Kulturhauptstädte Europas – Dresden will es 2025 werden. Aus diesem Grund besuchte eine Abordnung von Stadträten der CDU, Grünen, SPD, FDP und den Linken Marseille gemeinsam mit der Kulturbürgermeisterin Annekatrin Klepsch und Stefan Hoffmann, dem Leiter des Kulturhauptstadtbüros. Wir wollten uns beraten lassen und uns vor Ort Projekte anschauen, welche über das Kulturhauptstadtjahr hinaus wirksam geblieben sind.

Vor Ort stand uns der amtierende Vorsitzende der Jury zur Auswahl künftiger europäischer Kulturhauptstädte, Dr. Ulrich Fuchs beratend zur Seite. Dieser wird allerdings seine Amtszeit schon beendet haben, wenn es um die Entscheidung für 2025 geht.

In mehreren Gesprächsrunden tauschten wir uns mit Herrn Fuchs aus und haben zu vielen Fragen interessante Antworten bekommen. Darüber hinaus gab er uns noch Hinweise, was eine Stadt braucht, um Kulturhauptstadt werden zu können. Er erläuterte uns, worauf die Jury bei der Auswahl in der ersten Runde achtet und wie das Auswahlverfahren abläuft.

2019 werden in der ersten Runde aus den zehn deutschen Bewerberstädten zwei bis drei empfohlen, welche in die zweite Bewerbungsrunde. Acht Monate haben die ausgewählten Städte danach Zeit, die Bewerbung weiter zu bearbeiten und ein konkretes Programm zu entwickeln.

In den zahlreichen Gesprächen haben sich auch die die Kernfragen heraus-



LINKE-Stadträtin Anja Apel und SPD Stadträtin Dana Frohwieser

Foto: privat

kristallisiert, welche für die Bewerbung von Bedeutung sind: Was kann Dresden von Europa lernen? Was kann Europa von Dresden lernen?

Herr Dr. Ulrich Fuchs sagt dazu: „Es muss sich etwas Neues ausgedacht werden: Träumen und Phantasieren, Wagen und Mutig sein, über das hinausgehen, was schon da ist. Es ist egal, was es schon gibt!!! Es muss deutlich werden, dass die Bewerbung gewollt ist von der Politik und der Bevölkerung. Es darf für die Bewerbung nicht nur die Kulturpolitik verantwortlich sein, Kultur muss in allen Politikbereichen ihren Platz haben.“

Der Zugang zu Kunst und Kultur soll erweitert werden, möglichst viel soll im öffentlichen Raum und umsonst stattfinden.“

Die Dimension, die wir in Marseille kennen lernen durften, war und ist eine ganz andere, als in anderen Kulturhauptstädten. Die Bewerbung als Kulturhauptstadt war eingebettet in den aktiven Entwicklungsplan „Euromediterranée“, welcher mit einer langfristigen Planung über 20 Jahre einen Stadtbau im Umfang von 3,5 Milliarden Euro forcierte. Finanziert wird das Projekt zum Großteil vom Staat.

Der Entwicklungsplan erhielt durch die Kulturhauptstadtbewerbung noch einmal sehr viele neue Impulse. Bessaß Marseille vorher kaum Ausstellungen, besitzt die Stadt mittlerweile eine reiche Museumslandschaft. 680 Millionen Euro wurden in die kulturelle Infrastruktur gesteckt. Da dieses Programm zu einer enormen Ent-

wicklung der Stadt beigetragen hat, wurde es noch einmal um 20 Jahre verlängert und die Summe verdoppelt auf nun insgesamt 7 Milliarden Euro.

Auf den Führungen durch die Stadt wurden uns nachhaltige Projekte vorgestellt. Beeindruckend fand ich den konsequenten Umbau und Rückbau von Straßen. So wurde eine sechsspürige Straße entlang des Hafens unter die Erde verlegt, um Platz für Fußgängerzonen und Plätze zu machen. Auf diesen erlebten wir abends junge Künstlerinnen und Künstler, umringt von ganz vielen Menschen, darunter vor allem Einheimische. Wir besuchten ein Kulturzentrum, ein 2013 eröffnetes altes Fabrikgelände, welches heute 70 Künstlergruppen beherbergt und viele Möglichkeiten zur kostenfreien Freizeitgestaltung bietet, wie Fußballspiel, Skaterplatz, Spielplatz, freie Probenräume, Gärtnern u.v.a. Mit vielen Ideen bin ich zurückgekommen. In den nächsten anderthalb Jahren, möchte ich meinen Beitrag leisten zur Bewerbung, in dem ich an diesem Thema dranbleibe und erste Anträge entwickle. Einen Besuch von Marseille kann ich jedem empfehlen.

Impressum

Herausgeber: Fraktion DIE LINKE
Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden
E-Mail: fraktion@dielinke-dresden.de
V.i.S.d.P. Thomas Feske
Satz und Layout: Max Kretzschmar
Mitarbeit an dieser Ausgabe:
Cornelia Eichner, Pia Barkow, Anja Apel
André Schollbach
Fotos: pixelio.de, privat
Druck: Lausitzer Rundschau Druckerei